

# Wossische



# Zeitung

Begründet

1704

Einzelne Nummer

30 Pfennig

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt

Verlag Ullstein, Chefredakteur: Georg Bernhard, Verantw. Redakteur (m. Ausn. d. Handelst.): V. Dr. Edwards, Berlin. Unverlangte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein, Moritzplatz 11800 bis 11852 Die Zentrale verbindet mit den einzelnen Abteilungen. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin Postcheckkonto Berlin 660.

## Polen und Oberschlesien.

Drahtmeldung der „Wossischen Zeitung“.

aus Warschau, 30. Juli.

Die dreitägige Zwischensession des polnischen Sejms, die heute zu Ende ging, war dazu bestimmt gewesen, den Budgetvoranschlag zwar nicht — wie üblich — für das nächste, sondern erst für das laufende Jahr zwar nicht anzunehmen, sondern erst mal den Kommissionen zu überweisen. Dieses ist geschehen, und die Abgeordneten sind bis Ende September auseinander- und heimgefahren.

Der Eindruck, den dieses Zwischenspiel hinterlassen hat, war nicht eben tief, man kannte das Budget-Ende schon vor seiner rechnerischen Vorlegung und kannte Steczkowskis nur noch trüber stimmende Trostrede schon von der letzten großen Valutadebatte her mit nachfolgender Neuauflage von 20 Milliarden neuer Noten. So fand denn das unheimliche erneute Verdikt der Zahlen (das Sechzigmilliarden-Heeresbudget und das Achtzigmilliarden-Defizit, die 160 Milliarden Notenumlauf- und die 480 Milliarden Auslandsschuld der Handelsbilanz sowie die Exportunfähigkeit selbst in Holz und Rapsöl) in der Öffentlichkeit kein oder nur ein mattes Echo. Man mochte sich — dieser Eindruck überwiegt — am liebsten schon um gar nichts mehr kümmern. Der ganze innere Misere ist alle Welt über die Maßen überdrüssig. Der einzige Gegenstand, der noch einen Rest von Nervenspannung weckt, ist das so lange als Angelpunkt des Staatschicksals proklamierte Oberschlesien.

Der Sejm ging denn auch nicht auseinander, ohne daß angesichts der neuen Situation zwischen Paris und London hierüber eine Regierungserklärung abgegeben wurde, die der Ministerpräsident Witos von der Sejm-Ärbitrage verlas. Dabei war es bedauerlich und stand zu der Ankündigung von anderer autoritativer Seite, die Gegensätze in der oberschlesischen Frage nicht noch verschärfen zu wollen, in auffallendem Widerspruch, daß Herr Witos es für nötig fand, Beschimpfungen gegen den deutschen Selbstschutz in Oberschlesien zu richten, von deren Angehörigen er als von vertierten deutschen Soldaten sprach. Eine schwere und durch keine Rücksicht auf die Gasse entschuldigte Entgegnung! Im Übrigen erklärte der Ministerpräsident, daß die polnische Regierung eine rasche Entscheidung der oberschlesischen Frage erhoffe und ihrerseits bemüht sei, zu erreichen, daß alle Vorschläge einer nur teilweise und provisorischen Erledigung aufgegeben werden. Sollte der Verlauf der Dinge aber ein anderer sein, so schloß die offizielle Erklärung, so mühte die polnische Regierung schon gegenwärtig feststellen, daß sie weder ihre Zustimmung dazu erteilen könnte, noch die Ausföhrung einer solchen Entscheidung auf sich zu nehmen in der Lage sei!

Der Sejm hat seinerseits keine Gelegenheit gesucht, diese Regierungserklärung zu erweitern. Man überließ dies der Presse.

Es darf, so scheint es, angesichts der bis zur Stunde vorliegenden Aufzählungen der polnischen Presse nicht übersehen werden, daß sie den Ton der Drohung, mit welchem die polnische Regierungserklärung abschloß, bislang nicht aufnahm. Vor der Hand überwiegt vielmehr das Moll der Klagen, ja sogar etwas wie Reue macht sich in heftigen Wendungen Luft.

Schon früher waren, seit die jüngste Situation bekannt geworden, Vorwürfe enttäuschter Hoffnungen an die Adresse Frankreichs gerichtet worden. Der „Narod“, das Organ des Belvedere, bringt diese Stimmung besonders scharf zum Ausdruck. Er schreibt: „Sollte die Nachgiebigkeit Frankreichs so weit gehen, daß der Vertrag in seinem Wesen davon berührt wird, so gerieten damit auch die Grundlagen des polnisch-französischen Bündnisabkommens ins Schwanken.“ Wenn man das liest, muß man meinen, daß nach Ansicht der dem erwähnten Blatt nahestehenden Kreise beim französisch-polnischen Abkommen Polen als der gebende Teil sich betrachten dürfte.

Die internationale Rolle, die Polen im oberschlesischen Handel gespielt habe und noch spielt, beschäftigt den „Robotnik“. In einem Artikel „Man entscheidet ohne uns über uns“ heißt es: Was mit uns werden soll, erfährt unsere Regierung aus der Zeitung. Niemand beachtet und niemand fragt uns. Man behandelt uns wie ein verlassenes Findelkind, unsere Vormünder aber — und damit sekundiert der „Robotnik“ dem oben erwähnten „Narod“ — lassen sich einzig von ihren eigenen Interessen leiten. Wir aber sind Deklamatoren. Wir deklamieren vor Napoleondenkmälern, wir deklamieren erst laut und größtenwahnsinnig, um hernach desto leiser zu deklamieren auf den Gräbern unserer Hoffnungen. Wer, so fragt das sozialistische Blatt, nimmt wohl Polen noch ernst?

Vielleicht noch unverhüllter meldet sich die Erkenntnis, einen Fehlschlag erlitten zu haben, in einem Artikel „Die Bilanz“ des heutigen „Kurjer Polski“. Dieses Blatt der Wirtschaftskreise kann für sich in Anspruch nehmen, den Korfantypus als einziges polnisches Organ sofort als Verbrechen und selbstmörderischen Wahnsinn bezeichnet zu haben. Sich hierauf berufend, rechnet der Kurjer Polski mit dem „unzurechnungsfähigen Tribunal“ nunmehr endgültig ab. Der von Korfanty geleitete Aufstand, so heißt es da, hat das Projekt einer provisorischen Teilung Oberschlesiens als Reaktion gegen die Versuche, vollendete Tatsachen zu schaffen, erst recht aufs Tapet gebracht und in für uns ver-

schlechter Form zur Grundlage der Beratungen der Alliierten werden lassen. Wenn Herr Korfanty mit polnischem Blut die Fehler abwuschelte, die er begangen, so müssen wir sagen, daß es ein ebenso unsinniges wie zweckloses Unterfangen ist. So schreiben wir bereits am Vorabend des Aufstandes. Heute irrt dieser Diktator der sieben Plagen und, was schlimmer ist, der achten Tod-sünde ratlos auf dem Pariser Pflaster umher, auf dem er sich nicht zurechtfinden kann. Er hat das Blut des polnischen Arbeiters

funelos in Strömen vergossen. Und den Namen dieses tragischen Narren konnte man als Anwärter für den höchsten Ehrenposten nennen, den Polen zu vergeben hat. Diesem Mann hat der Sejm freiben erst noch Ovationen dargebracht, diesem Mann hat man 1919 die Pferde ausgespannt; wahrlich, ihn haben damals statt der Pferde Geißel gezogen.

Dies die jüngsten polnischen Stimmen zur gegenwärtigen Situation des oberschlesischen Problems.

## Das fertige Kompromiß.

Heute gemeinsamer Schritt.

Paris, 31. Juli. (W. T. S.)

Wie Havas meldet, hat im Laufe des gestrigen Abends der englische Botschafter in Paris amtlich die Annahme des Kompromisses durch seine Regierung bestätigt, das einen Gesamtschritt in Berlin zur Regelung des Truppentransports nach Oberschlesien und Regelung der Verstärkungen durch den Obersten Rat betrifft. Noch gestern abend hatte der englische Botschafter in Berlin Anweisung erhalten, sich dem bereits erfolgten Schritte des französischen Botschafters anzuschließen. Der Oberste Rat werde am 8. 8. in Paris zusammentreten, da der italienische Ministerpräsident nicht früher abkommen könne. Lloyd George werde der Sitzung persönlich betwohnen; Belgien werde eingeladen werden, und Amerika werde einen Vertreter an den Verhandlungen teilnehmen lassen.

Die Konferenz werde in erster Linie die Frage der nach Oberschlesien zu entsendenden Verstärkungen sowie die Teilung des Abstimmungsgebiets zu regeln haben. Die Kriegsbekämpfungsforderung werde sehr wahrscheinlich nicht ins Auge gefaßt werden, da die alliierten Finanzminister gleich nach der Konferenz gewisse technische Fragen zu regeln hätten, wie die Verteilung der bereits von Deutschland gezahlten Entschädigungssumme, der Besatzungskosten usw. Ein Hauptpunkt, die Aufrechterhaltung der drei Londoner Sanktionen: Besehung von Ruhrort, Duisburg und Düsseldorf, die Zollschranken am Rhein und die Ausfuhrverbote werde bestimmt angeordnet werden, doch gehe die allgemeine Meinung dahin, daß Entschließungen darüber der Garantiekommision überlassen werden sollen, die die Ausführung der deutschen Verpflichtungen zu überwachen hat.

Paris, 31. Juli.

Wie der „Temps“ mitteilt, hat Ministerpräsident Briand noch gestern abend dem französischen Botschafter Laurent Instruktionen zugehen lassen, die ihn ermahnen, sich mit seinem englischen und italienischen Kollegen zu einem gemeinsamen Schritt bei der deutschen Regierung zu vereinigen, um dieser zur Kenntnis zu bringen, „daß sie sich bereit halten muß, durch alle möglichen Mittel den Transport alliierter Truppen durch Deutschland zu erleichtern, den die Lage in Oberschlesien jeden Augenblick zur Notwendigkeit machen kann.“ Der „Temps“ fügt hinzu, daß dieser gemeinsame Schritt Englands, Frankreichs und Italiens nicht vor Montag stattfinden werde.

Der „Temps“ verlangt, daß man in der kommenden Woche der Erwartung jede Indiskretion und jede Propaganda vermeide, die im Abstimmungsgebiete Unruhe hervorrufen könnten. Es sei gut, daß über die Arbeiten des Sachverständigen-Ausschusses nichts in die Öffentlichkeit dringe. Auch die deutsche Regierung habe in einem Communiqué ihren Landsleuten zu verstehen gegeben, daß eine ruhige Haltung der deutschen Sache am besten diene. Es sei jetzt Zeit, daß aus den deutschen Zeitungen und insbesondere aus den offiziellen Reden, die jenseits des Rheins gehalten werden, die nicht aufrechtzuerhaltende Behauptung verschwinde, daß ganz Oberschlesien Deutschland zurückgegeben werden müsse.

Philippe Millet erklärt im „Petit Parisien“, wenn man sich an den Grundsatze halte, daß der in der Abstimmung vom 20. März kundgegebene Wille der Einwohner Oberschlesiens in erster Linie für die Entscheidung maßgebend sein müsse, während die geographischen Notwendigkeiten erst an zweiter Stelle berücksichtigt werden könnten, werde man unschwer zu einer Einigung auf Grund der Esforza-Linie gelangen. In der Sanktionsfrage werde Frankreich, da Deutschland weder die Kriegsverbrechen ernsthaft bestrafe, noch ausreichende finanzielle Garantien geboten habe, zweifellos auf der Aufrechterhaltung einiger Zwangsmassnahmen bestehen, doch sei es möglich, daß man einer Mildereung oder Aufhebung des RheinzoUsystems zustimme, sobald Deutschland sich der Entscheidung des Obersten Rats unterworfen hat.

In den Rückblicken der Presse auf die nunmehr überwundene englisch-französischen Krise zeigt sich eine ziemlich deutliche Unzufriedenheit mit der Politik der französischen Regierung.

„Le Temps“ sagt, die französische Diplomatie könne ihre Rechte nicht geltend machen, indem sie nach Unwahrheit plaudere. Der französische Botschafter habe schon vor acht Tagen am Dai d'Orsay auf die Stimmung in England aufmerksam gemacht; man habe aber keine Rücksicht auf seine Mitteilungen genommen. „Journal de Debats“ schreibt, daß England Fehler gemacht, aber sich Frankreich mit seltener Ungeschicklichkeit verhandelt habe. In den letzten Tagen habe es in der Führung der französischen diplomatischen Aktion Uebereilungen und Schwankungen gegeben. Man könne nicht verhehlen, daß die Dinge ernst gewesen seien. So sei es namentlich ein Fehler gewesen, Deutschland vorzeitig in einem Augenblicke eine Mitteilung zu machen, in dem man sich selbst noch nicht darüber klar war, ob man um jeden Preis die Verstärkungen absenden oder sich zu einem Opfer für das Einvernehmen mit England entschließen werde.

## Keine tatsächliche Truppenentsendung.

England für die Aufhebung der Sanktionen.

London, 1. August.

Das Abkommen, das zwischen England und Frankreich erzielt worden ist, bedeutet an sich noch keine Unterstützung der französischen Forderungen auf den sofortigen Transport von Truppen durch Deutschland, es handelt sich vielmehr um eine Art von Demonstration, die den Zweck haben soll, die Einigkeit innerhalb der Entente zu illustrieren. „Daily Chronicle“ erklärt aber heute früh ausdrücklich, daß das Vorgehen der Botschafter durchaus nicht eine tatsächliche Entsendung von Truppen ankündigt, sondern nur die englisch-französische Solidarität bekunden soll. Die gesamte Morgenspresse begrüßt die erzielte Einigung. Auf der Konferenz des Obersten Rates wird England mit dem Vorbehalt hervortreten, die Londoner Sanktionen aufzuheben, deren Aufrechterhaltung als eine große Gefahr für das gütliche beurteilte Kabinett Wirth angesehen wird. Die englische Regierung steht im übrigen, ganz abgesehen von diesen Opportunitätsrücksichten, auf dem Standpunkt, daß diese Aufrechterhaltung durchaus unberechtigt ist, da Deutschland seitdem alle Verpflichtungen erfüllt und weitere Erfüllung zugesagt hat.

## Der Berliner Standpunkt.

Der von Paris und London aus angekündigte gemeinsame Schritt der alliierten Mächte bei der deutschen Reichsregierung ist heute bis zur Mittagsstunde noch nicht erfolgt, ist aber wohl für die nächsten Stunden zu erwarten. Diese Haltung der deutschen Regierung gegenüber diesem gemeinsamen Schritt der Entente-Botschafter ist von vornherein gegeben. Dr. Rosen hat in seinem bekannten Schreiben an den französischen Botschafter und in dem im Wortlaut nicht veröffentlichten Brief an Laurent erklärt, die Reichsregierung würde einem Ersuchen der alliierten Mächte, Truppentransporte nach Oberschlesien zu erleichtern nach den Bestimmungen des Friedensvertrages entsprechen. Wenn also mit dem Vertreter Frankreichs auch die Englands und Italiens an die deutsche Regierung das Ersuchen richten, alles bereitzuhalten, „um durch alle notwendigen Mittel den Transport der alliierten Truppen durch Deutschland zu erleichtern, den die Lage in Oberschlesien in jedem Augenblicke notwendig machen könnte“, wird das auswärtige Amt selbstverständlich die Bereitwilligkeit dazu aussprechen.

Zu beachten ist, daß die Botschafter der Alliierten von der deutschen Regierung nicht einen sofortigen Truppentransport verlangen sollen, wie das Begehren des französischen Botschafters gelautet hatte. Es wird nur die Bereitwilligkeit der deutschen Regierung im Prinzip verlangt. Die Frage, ob, in welcher Stärke und zu welchem Zeitpunkt Truppenverstärkungen nach Oberschlesien gesandt werden sollen, bleibt der Entscheidung des Obersten Rates vorbehalten.

## Das unteilbare Oberschlesien.

London, 31. Juli.

In einem Artikel, in dem er sehr scharf betont, daß bei einem Verhalten, wie es das französische in der letzten Zeit gewesen sei, die Aufrechterhaltung der Entente zur Unmöglichkeit werde, tritt der „Observer“ für die Zuweisung des unge-

2021g 162A